

Sessionsbericht Herbstsession 2014

Von Jürg Grossen, Nationalrat

In der vergangen Herbstsession standen für mich vor allem zwei Geschäfte im Zentrum. Das unbefriedigende Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG), welches wir in der Schlussabstimmung abgelehnt haben und natürlich unsere Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, für welche ich mich mit Überzeugung einsetze – auch bei der anstehenden Volksabstimmung am 8. März 2015.

Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG)

Wir Grünliberalen haben das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) in der Schlussabstimmung abgelehnt. Diese Ablehnung ist explizit keine Kritik an der SRG, sondern an der ineffizienten und gewerbefeindlichen Finanzierungslösung im neuen Gesetz. Für mich ist klar, dass der Service public künftig nicht mehr über eine externe Gebührenerhebungsstelle wie aktuell der Billag, sondern direkt über den Bundeshaushalt finanziert werden soll. Weiter lehne ich eine Unternehmensabgabe ab, weil diese faktisch einer doppelten Bezahlung des Radio- und Fernsehkonsums entspricht

Mit dem neuen Gesetz soll künftig jeder Haushalt der Radio und Fernsehen empfangen kann die gleichen Gebühren entrichten, unabhängig davon, ob er das Angebot überhaupt nutzt und ob er dies über Fernsehen, Radio, Computer oder Mobiltelefon tut. Die Anzahl Haushalte die nicht mehr gebührenpflichtig wäre, würde damit auf ein Minimum schrumpfen. Dadurch sind eine Auslagerung der Gebührenerhebung an eine private Unternehmung und die damit verbundenen Inkasso- und Kontrollkosten schlicht nicht mehr zu rechtfertigen. Die einzig logische und effiziente Lösung ist eine direkte Finanzierung des Service public bei Radio und Fernsehen über den Bundeshaushalt.

Der Gipfel der Absurdität ist aber die neue Unternehmensabgabe: Mit der geräteunabhängigen Haushaltsabgabe darf das Radio- und Fernsehangebot künftig überall und auf unterschiedlichsten Geräten konsumiert werden. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass dazu auch der Arbeitsort gehört. Eine zusätzliche Unternehmensabgabe wäre somit faktisch eine doppelte Bezahlung des Radio- und Fernsehkonsums. Zudem würde die Unternehmensabgabe bei der eidgenössischen Steuerverwaltung jährliche Zusatzkosten in Millionenhöhe verursachen.

Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Das wichtigste Geschäft der Herbstsession war aber natürlich die Nationalratsdebatte über unsere Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“. Leider war unser Vorschlag im Parlament nicht mehrheitsfähig, obwohl die Gesamtsteuerbelastung um keinen Franken erhöht und erst noch die KMU-schädliche Mehrwertsteuerbürokratie beseitigt würde.

Am lautesten sprechen sich leider die Vertreter der Land- und Bergregionen gegen unsere Initiative und damit gegen mehr Verursachergerechtigkeit aus. Dies primär wegen der vielzitierten Abhängigkeit vom Auto und den höheren Benzinkosten. Natürlich bin auch ich als KMU-Unternehmer im Berner Oberland regelmässig auf das Auto angewiesen. Dennoch steht für mich ausser Frage, dass gerade die Berggebiete von «Energie- statt Mehrwertsteuer» profitieren würden. Einerseits würden wir nämlich bei jedem Einkauf und bei jeder Rechnung viel Geld sparen, weil die Mehrwertsteuer wegfällt. Andererseits sitzen wir im Gegensatz zu den Zentren buchstäblich auf den erneuerbaren Energieressourcen. Wir produzieren mit Wasser, Holz, Biomasse, Wind und Sonne schon heute mehr saubere Energie, als wir insgesamt inklusive Mobilität verbrauchen. Unsere Initiative würde also dazu führen, dass die urbanen Gebiete über die Energieversorgung stark von uns abhängig würden. Mit diesem Pfand in der Hand könnten wir endlich auf Augenhöhe diskutieren, wenn es um Dinge wie den Finanzausgleich oder die Grundversorgung im ländlichen Raum geht. Stattdessen sind wir heute zu 80 Prozent von nichterneuerbaren Energien, also von Öl, Gas, Kohle und Uran aus dem Ausland abhängig.

An der Stelle ist es mir wichtig, das Scheinargument der Gegner zu entkräften, wonach unsere Initiative die Staatseinnahmen gefährden würde. Erstens sagen die Gegner der Initiative ja selbst immer, dass wir in absehbarer Zeit nicht ohne neue Atomkraftwerke und ohne Öl auskommen werden. Zweitens ist in unserem Verfassungstext festgehalten, dass die Staatseinnahmen bei der Energiesteuer gleich hoch bleiben müssen wie bei der Mehrwertsteuer. Sollten wir in einigen Jahren oder Jahrzehnten dank der Anreize unserer Initiative tatsächlich nahezu unabhängig von nichterneuerbarer Energie sein, wäre das in erster Linie einmal ein riesiger Erfolg. Selbstverständlich müsste man dann die Energiesteuer weiterentwickeln, sei es durch eine Besteuerung der erneuerbaren Energie oder beispielsweise des Bodenverbrauchs.

Auch als Unternehmer kann ich der Initiative viel Positives abgewinnen. Die Mehrwertsteuer ist ein Bürokratiemonster, welches jährlich Steuergelder von einer Milliarde Franken verschlingt. Zudem besteuert sie zur Hauptsache Arbeit und ist mit den vielen unterschiedlichen und ungerechten Sätzen kompliziert und aufwendig bei der Abrechnung. Mit Bergsonne statt Ruhrkohle, mit Holz- statt Gasheizungen und mit Wasser- statt Atomkraft schaffen und sichern wir eine Vielzahl von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen in unserer Region. Wir treten damit der Abhängigkeit vom Ausland und von den Zentren mit Tatkraft und überzeugenden Argumenten wirksam entgegen.